

## RESOLUTION DER VERHANDLUNGSGEMEINSCHAFT BUNDESPERSONAL (VGB)

Bern, 29. Mai 2015

SGB-DELEGIERTENVERSAMMLUNG

### **STOPP DER DIFFAMIERUNG DES BUNDESPERSONALS! SCHLUSS MIT DEM SCHÄDLICHEN SPARDIKTAT!**

Wer heute bei der Bundesverwaltung arbeitet, braucht einen breiten Rücken und eine dicke Haut. Es hagelt Vorwürfe und Anfeindungen, die Bundesangestellten werden als hochbezahlte Schmarotzer hingestellt, die Verwaltung als Belastung für die Privatwirtschaft. Misswirtschaft und Ineffizienz seien an der Tagesordnung, jeder zusätzliche „Beamte“ sei ein Regulierer mehr und schade den KMU. Erst wird die Verwaltung schlecht geredet und dann kaputtgespart. Die Kampagne wird in den Medien geführt und durch extreme Kürzungsanträge von rechten Parteien garniert. Sie nutzen die Gunst der Stunde des starken Frankens um den Service public ein für alle Mal zu schwächen. Und der bürgerliche Schulterschluss findet hier den kleinsten gemeinsamen Nenner: die Personalressourcen der Bundesverwaltung müssen gekappt werden! Damit soll der Weg frei geräumt werden für die Unternehmenssteuerreform III, mit der die Firmen immer stärker aus der Steuerverantwortung entlassen werden sollen. Die Zeche dafür werden nicht nur die Staatsangestellten bezahlen: Unter dem Strich ist die gesamte Bevölkerung durch Sparprogramme betroffen.

Und der Bundesrat knickt ein. In vorauseilendem Gehorsam gibt er seit Februar im Monatstakt immer grössere Sparpläne beim Personal bekannt. Anstatt aufzuzeigen, welcher massiver Zuwachs an Aufgaben seit Jahren bewältigt werden muss, beugt er sich willfährig dem bürgerlichen Spardruck. Warum verteidigt er nicht die Personalressourcen? Wo bleibt die Wertschätzung für die Angestellten?

Wir fordern den Bundesrat auf, sich entschieden für den Service public einzusetzen! Wer so wie die rechten Parteien die Arbeit der Verwaltung diffamiert, schadet der Wohlfahrt in der Schweiz. Denn die Schweiz kennt eine lange Tradition der guten Zusammenarbeit von Verwaltung und Privatwirtschaft. Ein guter Service public unterstützt das Gedeihen der Unternehmen! Es ist kein Zufall, dass die hohe Qualität der öffentlichen Dienste in der Schweiz in internationalen Bestenlisten über die Standortqualität wesentlich zur exzellenten Rangierung der Schweiz beiträgt.

Das Bundespersonal arbeitet engagiert und effizient. Die Staatsquote in der Schweiz ist im internationalen Vergleich mit 33 Prozent sehr tief. Wir fordern den Bundesrat auf, wieder die Führung in der Personalpolitik zu übernehmen und sich gegen Kürzungen zu wehren!

Wir fordern die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf, sich für das Personal und für faire Arbeitsbedingungen einzusetzen!

Wir sind solidarisch mit dem Bundespersonal und werden uns gegen die Abbaupläne zur Wehr setzen!